

Georg Ehling

Thema 1:

Was die Bürger von der demokratischen Ordnung zu erwarten haben, ist nicht das Geschenk der eigenen Freiheit – das kann kein politisches Regime, diese Aufgabe müssen sie selber anpacken -, sondern nur eine Einrichtung des gemeinsamen Lebens, die für jeden Einzelnen die möglichst günstigsten Bedingungen für seine Suche nach Freiheit schafft.

(Jeanne Hersch: Erlebte Zeit: Menschsein im Hier und Jetzt. Vorträge - Gespräche – Abhandlungen, Neue Zürcher Zeitung, NZZ Libro, 2010)

Obiges Zitat erscheint mir beim ersten Lesen sofort suspekt, wenn nicht sogar bedrohlich; es wird hier schließlich Politik und Staatsführung die Gewährleistung eines elementaren Wertes in einer demokratischen Gesellschaft, nämlich jener der persönlichen Freiheit abgenommen und den Bürgern mit dem Einschub „*das [die Freiheit] kann kein politisches Regime [gewährleisten], diese Aufgabe müssen sie [die Bürger] selber anpacken*“ selbst auferlegt. Eine derartige Aussage, die den Staat aus und den Bürger in die Pflicht nimmt, wirkt doch äußerst gefährlich – schließlich könnte man mit dem Verweis darauf, dass der Staat nicht für die Freiheit seiner Bürger sorgen müsse, ja nicht einmal dazu in der Lage sei, beispielsweise totalitäre Systeme rechtfertigen.

Eingeschränkt wird die These jedoch noch durch den Zusatz, der Bürger dürfe sich vom Staat „*nur eine Einrichtung des gemeinsamen Lebens, die für jeden Einzelnen die möglichst günstigsten Bedingungen für seine Suche nach Freiheit schafft*“ erwarten. Dies macht den Satz, um bei oben angeführtem Beispiel zu bleiben, für die Legitimierung eines totalitären Regimes dennoch nicht völlig unbrauchbar, lässt die recht vage Formulierung der „*möglichst günstigsten Bedingungen für seine Suche nach Freiheit*“ doch noch einigen Interpretationsspielraum. Denn bereits eine allgemeingültige Definition des Freiheitsbegriffes ist eine gewaltige, um nicht zu sagen unmögliche Aufgabe; und die Frage nach günstigsten Bedingungen für die Suche nach der Freiheit, zu deren Bestimmung man zunächst einmal diese nicht vorhandene Definition der Freiheit selbst bräuchte, erweist sich demnach als noch schwieriger zu beantworten.

Um auf die Frage dennoch einigermaßen befriedigend eingehen zu können, ist es also nötig, diese weiter einzuschränken. Und da es im Zitat um die Erwartungen an ein demokratisches System geht, werde ich mich im Wesentlichen auf die politische Freiheit beschränken. Dieser Begriff wiederum beinhaltet die Möglichkeit des Individuums, sein Leben im Wesentlichen autonom zu gestalten beziehungsweise in jenen Belangen, in denen ihm diese Möglichkeit der Selbstbestimmung vom Staat genommen wird, zumindest passiv, also durch politische Beteiligung in einem demokratischen

System, mitzubestimmen. Des Weiteren sind auch das Recht auf selbstbestimmtes Denken und darauf, seine Meinung auch frei zu äußern sowie das möglichst uneingeschränkte Streben des Individuums nach Glück und Selbstentfaltung, jener Wert also, der in der Unabhängigkeitserklärung der Vereinigten Staaten Amerikas mit der Phrase „pursuit of happiness“ betitelt wird, elementare Bestandteile der politischen Freiheit.

Um nun zum Kern der Frage selbst zu gelangen, also dahin, was nun die günstigsten Bedingungen für die Suche nach jenem Freiheitsbegriff sind, den ich oben in groben Zügen umrissen habe, so gilt es nun, diese Frage für jeden Aspekt der politischen Freiheit zu beantworten.

Vorbedingungen dafür, dem Individuum die Möglichkeit eines selbstbestimmten Lebens zu geben, sind etwa dessen Unabhängigkeit sowie seine Mündigkeit. Vor allem letzterer Begriff wirft einige Probleme auf – schließlich setzt Mündigkeit Bildung voraus, und, um eine adäquate Bildung für wirklich alle Bürger zu garantieren, ist eine Schulpflicht schier unumgänglich; diese bedeutet aber letztendlich auch eine Einschränkung der persönlichen Freiheit. Um diesen Interessenskonflikt und die damit verbundenen inneren argumentativen Widersprüche zu vermeiden, ist es wohl nötig, die vollständige politische Freiheit des Individuums erst ab Ende der Schulpflicht, in Österreich also ab dem neunten abgeschlossenen Schuljahr zu erklären. Doch auch der Begriff der Unabhängigkeit ist nicht ganz unproblematisch – beispielsweise ist es für ein Kind in den ersten Jahren seines Lebens schlicht unmöglich, völlig unabhängig etwa von Eltern oder sonstigen Bezugspersonen zu leben.

Um über jene Bereiche, in denen die Selbstbestimmung des Individuums nicht gewährleistet werden darf, da sie unweigerlich die Freiheit anderer Individuen einschränken würde, wie dies etwa bei körperlicher oder psychischer Gewalt, Mord oder Erpressung der Fall ist, mitbestimmen zu können, ist ein demokratisches System nötig, welches es dem Bürger ermöglicht, über die Reglementierung dieser Bereiche, also über Gesetze, selbst abzustimmen oder dafür zumindest einen Vertreter zu wählen.

Auch im Bereich der Meinungsfreiheit sowie der freien Meinungsäußerung gibt es für den Staat zweifelsohne Möglichkeiten, die dafür nötigen Voraussetzungen zu schaffen – etwa durch entsprechende Gesetze, in denen beispielsweise die Gleichbehandlung aller Bürger unabhängig von deren privaten Meinungen garantiert wird. Um zuletzt auch noch auf das Recht des Strebens nach Glück und Selbstentfaltung einzugehen, so sind die Voraussetzungen dafür wohl ähnlich wie jene für die Selbstbestimmung: Dem Individuum darf prinzipiell zur Erreichung seines persönlichen Glücks von staatlicher Seite nichts verwehrt werden, solange es nicht im Konflikt mit der Freiheit anderer steht.

Die Vorbedingungen für die eigene Freiheit, deren Schaffung man sich als Bürger also von der demokratischen Ordnung erwarten darf, sind also, kurz zusammengefasst, Unabhängigkeit, Bildung, politische Mitbestimmung und Meinungsfreiheit. Dennoch bleibt der Schritt, diese von der demokratischen Ordnung beziehungsweise dem Staat garantierten Vorbedingungen zur Erlangung der eigenen Freiheit auch tatsächlich zu nutzen, letztendlich dem Bürger überlassen. Diese Verantwortung kann der Bürger also letztlich nicht von sich weisen und dem System anhängen, sondern sie wird immer die seine bleiben.

Diese Erkenntnis ist zunächst doch recht schwer zu verdauen – gerade Österreich, ein Land, dessen Gesellschaft seit jeher von einer Kultur der Beschwerde, des Mokierens und Reklamierens geprägt ist, ist doch ein Paradebeispiel dafür, wie wenig sich die Bevölkerung ihrer Eigenverantwortung bewusst ist, wenn es um ihre Freiheit geht. Jedoch wäre es wohl auch falsch, diese Eigenverantwortung überzubewerten, und etwa zu schließen, wer ein unfreies Dasein fristet, sei dafür auch unweigerlich selbst verantwortlich – schließlich kann man derzeit wohl von keinem noch so lupenrein demokratischen System der Welt behaupten, die zuvor behandelten Vorbedingungen für die persönliche Freiheit seien allesamt vollständig erfüllt. Des Weiteren darf man deshalb der Politik die Verantwortung für die Freiheit ihrer Bürger keineswegs vollständig entziehen, solange die Voraussetzungen dafür nicht erfüllt sind.

Dennoch empfinde ich den Gedanken, sich selbst aktiv für oder gegen die eigene Freiheit entscheiden zu müssen, nicht nur als große Herausforderung für jeden Einzelnen, sondern zugleich auch als beruhigend, da er ja auch impliziert, dass man zur Freiheit nicht gezwungen werden kann, man also sogar in der Entscheidung, ob man frei sein möchte, frei ist. Die Gesellschaft geht jedoch, so macht es derzeit den Eindruck, eher in die Richtung, sich gegen die eigene Freiheit zu entscheiden: Die Wahlbeteiligung sinkt stetig, Konformismus und angepasstes Denken machen sich breit. In den meisten Staaten herrscht schon fast eine globale Einheitskultur, höchstens noch mit leichten regionalen Unterschieden. Die Globalisierung hat nicht nur die Welt kleiner gemacht, sondern auch die Vielfalt an Meinungen und Denkweisen maßgeblich verringert. Zusätzlich bieten Internet und technologischer Fortschritt zahlreiche Möglichkeiten, Andersdenkende und gegen den Strom Schwimmende innerhalb von kurzer Zeit ausfindig zu machen und somit einen Überwachungsstaat aufzubauen – was ja teilweise auch schon geschieht, wie nicht zuletzt die Enthüllungen um die Spähprogramme PRISM und Tempora sowie um die Aktivitäten des US-amerikanischen Geheimdienstes NSA gezeigt haben.

Entscheiden sich also zu viele Menschen gegen ihre eigene Freiheit, so kann dies zu einem Ende der demokratischen Ordnung führen, und somit auch Unfreiheit für jene bedeuten, die sich eigentlich für ihre Freiheit entschieden haben. Es muss also im Interesse der Demokratie und damit im Interesse

eines jeden demokratisch organisierten Staates sein, die Bürger für ihre eigene Freiheit zu begeistern – eine Pflicht, die in der Realität geradezu sträflich vernachlässigt wird.

Abschließend kann ich dem Zitat von Jeanne Hersch also durchaus Einiges abgewinnen und finde es auch schlüssig, die Verantwortung für die Freiheit der Bürger nicht dem Staat, sondern den Bürgern selbst aufzuerlegen. Die diesbezüglichen Erwartungen an eine Demokratie sind teilweise derart hoch, dass oft vergessen wird, dass es sich bei der Demokratie ja um jenes System handelt, das als einziges nicht verspricht, anstelle des Volkes zu entscheiden, sondern dieses selbst entscheiden zu lassen.